Neuaufstellung des Flächennutzungsplans – Zweite erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 20. November bis einschließlich 20. Dezember 2013; Auswertung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden

• Folgende Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden haben <u>keine Stellung</u>nahme abgegeben bzw. in ihrer Stellungnahme keine Anregungen vorgebracht:

Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW

Bez.-Reg. Arnsberg, Dez. 25 - Verkehr

Bez.-Reg. Arnsberg, Standort Lippstadt, Dez. 53 – Umweltverwaltung

Bez.-Reg. Arnsberg, Dez. 33 – Ländliche Entwicklung, Bodenordnung

Bez.-Reg. Arnsberg, Abt. Bergbau und Energie in NRW

Bez.-Reg. Münster, Dez. 26 - Luftaufsicht

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Sparte Verwaltungsaufgaben

Bundeseisenbahnvermögen, Dienststelle West, Außenstelle Essen

DB Services Immobilien GmbH, Niederlassung Köln, Liegenschaftsmanagement

Dt. Bahn AG, Geschäftsbereich Netz-Niederlassung West

Dt. Telekom AG, T-COM TI NL, West PTI 31 Produktionsmanagement

Dt. Telekom AG, T-COM TI NL, Nordwest Oldenburg PTI 13

Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Essen

Ev. Friedenskirchengemeinde Bergkamen, Vorsitzender/de des Gesamtpresbyteriums

Ev. Kirche von Westfalen, Baureferat

Ev. Martin-Luther-Kirchengemeinde Bergkamen

Finanzamt Hamm

Freikirchliche Gemeinde

Gelsenwasser AG, Betriebsdirektion

Gemeindeverband kath. Kirchengemeinden Ruhr-Mark

Gemeinschaftsstadtwerke mbH Kamen – Bönen – Bergkamen

Geologischer Dienst NRW

Handwerkskammer Dortmund

Industrie- und Handelskammer zu Dortmund

Unitymedia, Netzplanung

Kath. Pfarramt St. Michael

Kath. Pfarrgemeinde Herz-Jesu

Kath. Pfarrgemeinde St. Elisabeth

Kath. Pfarrvikarie St. Barbara

Kath. Pfarrvikarie St. Clemens

Kreishandwerkerschaft Hellweg-Lippe

Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Ruhr – Hauptsitz Bochum

Landesbevollmächtigter für Bahnaufsicht, Sachbereich 2 – Außenstelle Essen

Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Landesverband der Kleingärtner für Westfalen und Lippe

Landschaftsverband-Westfalen-Lippe, Amt für Bodendenkmalpflege – Außenstelle Olpe Lippeverband

Neuapostolische Kirche NRW, Bauabteilung / Liegenschaften

PLEdoc GmbH

RAG Deutsche Steinkohle

Regionalverband Ruhr

Stadt Hamm, Stadtplanungsamt

Stadt Kamen, FB Planung und Umwelt

Stadt Lünen, Stadtplanung

Thyssengas GmbH, Erdgaslogistik

Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH, Betriebshof Kamen

## • Über folgende Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden wurde im Rahmen der Abwägung entschieden:

	Stellungnahme Behörde	Stellungnahme Verwaltung	
01	Einzelhandelsverband Westfalen-Mitte e.V.		
	Es wird als wünschenswert angesehen, wenn Erweiterungen und Sortimentsänderungen im nicht integrierten Einzelhandelsstandort "Am Römerlager" verhindert werden könnten.	Für diesen Bereich ist der B-Plan Nr. RT 96 "Rünthe-Ost" in Aufstellung, in dem die Einzelhandelssortimente fest- gesetzt werden. Es ergeben sich kei- ne Auswirkungen auf die Darstellung.	
02	Kreis Unna, Stabsstelle Planung und Mobilität		
	Es wird eine tiefergehende Berücksichtigung wasserwirtschaftl. Belange angeregt, weil nicht alle Gewässer und abwassertechn. "Hauptanlagen" im FNP-Entwurf dargestellt werden. Es fehlen alle Hochwasserrückhaltebecken bzw. diese sind nicht als solche im FNP-Entwurf gekennzeichnet. Hierzu wird auf frühere Stellungnahmen verwiesen und es wird beispielhaft aufgeführt, wie die Darstellung erfolgen sollte.	Die Darstellung abwassertechn. Anlagen im FNP-Entwurf erfolgte in Abstimmung mit dem SEB. Es handelt sich um eine Übernahme fachplanerischer Inhalte, die nicht flächenscharf erfolgt. Die gewählte Darstellung wird als ausreichend angesehen. Der Anregung wird nicht entsprochen.	
	Bei der Darstellung des Überschwemmungsgebietes der Lippe im FNP-Entwurf fehlen die vorhandenen potenziellen Überflutungsflächen. In der Karte 3 zum Umweltbericht ist die potenzielle Überflutungsfläche in Rünthe dargestellt, die bei Versagen der Schutzeinrichtung überflutet werden könnte. Auch diese Fläche soll gem. § 5 Abs. 4a BauGB in den FNP-Entwurf übernommen werden. Die Darstellung nur in der Beikarte wird als nicht ausreichend angesehen.	Die Darstellung potenzieller Überflutungsflächen in einer Beikarte wird als ausreichend angesehen, um den Plan nicht zu überfrachten. Im Bereich der potenziellen Überflutungsfläche befinden sich nur bereits vorhandene Gebäude und keine Neubauflächen. Der Anregung wird nicht entsprochen.	
03	Landesbetrieb Wald und Holz NRW, Regional- forstamt Ruhrgebiet		
	Es wird auf die Stellungnahme vom 10.04.2013 verwiesen, die Bezug nimmt auf zuvor im Rahmen des Verfahrens abgegebene Stellungnahmen.	Die Darstellung der Waldflächen wurde im Rahmen des bisherigen Verfahrens bereits überprüft und angepasst.	
	In diesen Stellungnahmen wurden Änderungen bei einzelnen Walddarstellungen vorgeschlagen. Außer- dem wurden Flächen genannt, die sich am besten für Kompensationsmaßnahmen eignen.	Flächen für Kompensationsmaßnahmen werden unter Berücksichtigung der Anregungen im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung festgelegt. Es ergeben sich keine Auswirkungen auf die Darstellung.	
04	Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Amt für Denkmalpflege		
	Es wird auf den kulturlandschaftlichen Fachbeitrag für den neuen Regionalplan Ruhr verwiesen. Dort werden bedeutende Bereiche dargestellt, die eine Planungsgrundlage i. S. des § 5 Abs. 2 Nr. 5 ROG sind. Diese Bereiche ergänzen und konkretisieren die Aussagen des LEP, die im Kapitel 3.4.5 des Umweltberichtes zitiert werden. Im Stadtgebiet von Bergkamen	Der kulturlandschaftliche Fachbeitrag befindet sich derzeit in der Aufstel- lung. Die Ergebnisse lagen im bishe- rigen Verfahren nicht vor. Gleichwohl führen die Darstellungen im FNP-Ent- wurf nicht zu Beeinträchtigungen der genannten Bereiche. Insofern wird	

	Stellungnahme Behörde	Stellungnahme Verwaltung
	liegen insgesamt vier Bereiche von besonderer regionaler Bedeutung (Lippeaue, Siedlungen in Rünthe, landwirtschaftliche Flächen in Overberge nördlich und südlich der Landwehrstraße). Es wird angeregt zu prüfen, ob geplante Nutzungsänderungen zu Beeinträchtigungen führen. Des Weiteren wird angeregt, die bedeutsamen Bereiche in der FNP-Begründung in ihrer jeweiligen Nutzungskategorie zu kennzeichnen.	auch eine Kennzeichnung für nicht notwendig erachtet. Der Anregung wird nicht entsprochen.
05	Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Ruhr- Lippe	
	Es wird auf die vorherigen Stellungnahmen verwiesen, in denen die Beteiligung der Landwirtschaftkammer bei B-Planverfahren und Fachplanungen eingefordert wurde.	Der Forderung wird entsprochen. Es ergeben sich keine Auswirkungen auf die Darstellung.
06	Stadt Werne, Stadtentwicklung / Stadtplanung	
	Es wird auf die Stellungnahme vom 07. April 2011 im Rahmen der Offenlegung verwiesen. Seinerzeit wurde angeregt, beim B-Plan Nr. RT 96 "Rünthe-Ost" die Sortimentsfestschreibungen für den Einzelhandelsstandort Römerlager einvernehmlich abzustimmen.	Der Anregung wird entsprochen. Es ergeben sich keine Auswirkungen auf die Darstellung.
07	Wasserverband Westdeutsche Kanäle	
	Es wird der Hinweis gegeben, dass wegen der Versorgung von Industrie und Gewerbe mit Brauch-/Betriebswasser die etwaige Einleitung von Abwässern in den Datteln-Hamm-Kanal ausscheidet, um eine gute Wasserqualität zu gewährleisten.	Dem Hinweis wird gefolgt. Es ergeben sich keine Auswirkungen auf die Darstellung.
80	Westnetz GmbH, Regionalzentrum Reckling- hausen, Netzplanung	
	Es wird auf das Leitungsnetz verwiesen.	Das Leitungsnetz wurde bereits in den FNP-Entwurf übernommen.

Neuaufstellung des Flächennutzungsplans – Zweite erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 20. November bis einschließlich 20. Dezember 2013; Auswertung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit

	Stellungnahme Öffentlichkeit	Stellungnahme Verwaltung
01	Die Darstellung "Grünfläche" mit der Zweckbestimmung "Parkanlage" westlich der Berliner Straße steht im Widerspruch zum städtebaulichen Rahmenplan (Zielkonzept) für diesen Bereich, der in der Sitzung des Rates am 05. Juli 2012 gebilligt wurde. Der Rahmenplan weist Wohnbauflächen für Einzel- und Doppelhäuser aus, während Sport- und Freizeitanlagen südlich im Zusammenhang mit der Sporthalle platziert werden sollen.	Der Rahmenplan stellt die geplante Neustrukturierung des angesprochenen Bereichs nach Aufgabe der Heideschule" dar. Das vorgestellte Konzept gibt lediglich eine Flächenzonierung vor. Der Schulstandort und die Freifläche zwischen Berliner Straße und Am Hauptfriedhof sollen gemeinsam entwickelt werden. Zu diesem Zweck wurde in gleicher Ratssitzung auch die Aufstellung des B-Plans Nr. WD 118 "Berliner Straße" beschlossen. Vorgesehen ist, das Verfahren als Innenentwicklung nach § 13a BauGB durchzuführen. Der FNP wird im Wege der Berichtigung gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Nachgang angepasst.